

## **Blick zurück mit Blick nach vorn. Das Vermächtnis des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches und seine aktuelle Bedeutung (17.00 bis 19.00 Uhr)**

Einführung ins Podium: Rückblick Verfassungsentwurf für Deutschland – Kampf um Verfassungspositionen und regierende Eingriffe in die Verfassung

### **Zunächst herzliche Begrüßung ; Podium vorstellen**

#### **Auf dem Podium diskutieren:**

- Berenice Böhlo (Rechtsanwältin, im Vorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins; Schwerpunkt: Asyl - und Ausländerrecht, hat engagiert für die Flüchtlinge vom Oranienplatz und der Gerhart-Hauptmann-Schule(Berlin) gestritten.
- Siggie Graumann (Professorin für Ethik im Fachbereich Heilpädagogik und Pflege an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Ethik in der Medizin, Rechte behinderter Menschen)
- Wolf-Dieter Narr, Politikwissenschaftler, Komitee für Grundrechte und Demokratie, sozialistisches Büro, Russell-Tribunal gegen die Berufsverbote (eingesprungen für Rolf Geffken (Arbeitsrechtler, Institut ICOLAIR), der kurzfristig wegen Krankheit absagen musste)
- Bodo Zeuner (eingesprungen für Rolf Geffgen); Arbeitsrechte, Politikwissenschaftler, Otto-Suhr-Institut

#### **Einführung**

Der Streit um einen Verfassungsentwurf für Deutschland ist zwar seit bald 25 Jahren beendet, aber der Streit um diese Verfassung, der Kampf um Verfassungspositionen ist ständig weitergegangen und hat manche der damals diskutierten Themen aufgegriffen und weitergeführt. Die neuen sozialen Bewegungen, die Bürgerrechtsbewegungen haben, mehr als die Parteien, den Streit fortgeführt.

Auch ohne neue Verfassung ändert sich die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und hat sie sich in den 25 Jahren verändert - oft genug hat sie sich zum Schlechteren verändert, aber auch die Erfolge von Kämpfen um die Verfassung und das Verständnis von Verfassung in konkreten Punkten dürfen wir nicht missachten.

#### **Wir können nur einige Aspekte aufgreifen, anderes können wir heute nicht diskutieren.**

- Die alte Bundesrepublik war alles andere als ein antimilitaristischer, gar pazifistischer Staat. Bundeswehr und allgemeine Wehrpflicht waren selbstverständlicher Bestandteil dieses Staates geworden. Aber auch das Verbot eines Angriffskrieges war Bestandteil des Grundgesetzes. Die Vorbereitung eines solchen ist es noch immer, die Durchführung heute

nicht mehr. Die Militarisierung der Gesellschaft ist weit fortgeschritten, die Beteiligung an Kriegen fast selbstverständlich geworden.

- Die schlimmsten Eingriffe, die nur gegen breiten Protest aus der Bevölkerung möglich waren, sind die Abschaffung des Grundrechts auf politisches Asyl mit all den gegenwärtigen dramatischen Veränderungen (Art. 16a) und der Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13). Entstanden sind Artikel, die nichts mehr mit der Garantie eines Grundrechts zu tun haben, sondern ausführlich die Ausnahmen und staatlichen Eingriffsrechte formulieren.

- Der Kampf um so zentrale Grundrechte wie die auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit wird alltäglich auf der Straße und oft auch vor den Gerichten geführt. Die Föderalismusreform hat es möglich gemacht, dass dieses zentrale Grundrecht, das schon bei der Formulierung des Grundgesetzes unter Verdacht stand, nun in den Bundesländern weiter eingeschränkt wird. Manchmal wacht noch immer das Bundesverfassungsgericht darüber, dass es ein Grundrecht bleibt und nicht völlig zerfleddert wird.

### **Fragen, die die Fragen ans Podium leiten sollten:**

(1) Sollen wir erneut für eine (neue) deutsche Verfassung streiten oder müssen wir gegenwärtig eher den Kampf um Verfassungspositionen weitertragen? Hat das Grundgesetz in den jeweiligen Kämpfen eine Rolle gespielt, wurde sich darauf bezogen, musste um seine Interpretation/Neuinterpretation gekämpft werden? Hat es die eigenen Auseinandersetzungen gestärkt oder geschwächt?

(2) Die 2000er Jahre waren auch gekennzeichnet von den Auseinandersetzungen um den Entwurf eines EU-Verfassungsvertrags – neo-liberal wie er geraten war. – Es ist ruhig geworden um eine europäische Verfassung seit dem EU-Reformvertrag, der Ende 2009 in Kraft trat. Aber die Entwicklungen in EU-Europa nehmen direkt Einfluss auf die Kämpfe der sozialen Bewegungen. Oft genug verschlechternd, manchmal, insbesondere durch die Rechtsprechung, verbessernd und unterstützend. Wie sieht es in den jeweiligen Aktionsfeldern mit dem Bezug auf EU-Europa aus? Gelingt manchmal und wo eine Vernetzung der europäischen sozialen Bewegungen?

(Der Streit um eine europäische Verfassung dominierte die Verfassungs-Diskussionen der 2000er Jahre. Der Entwurf eines EU-Verfassungsvertrags wurde 2003 von einem Europäischen Konvent erarbeitet und am 29. Oktober 2004 in Rom feierlich von den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet. Am 1. November 2006 sollte der Vertrag in Kraft treten. In Frankreich und den Niederlanden scheiterten die Referenden jedoch, was zu einer „Reflexionsphase“ ab Juni 2005 führte. Im Juni 2007 beschloss der Rat den EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon), der am 1. Dezember 2009 ohne alle Abstimmungen in den Bevölkerungen in Kraft trat (BGBl. II 2009 S. 1223).)

(3) Was sind die Perspektiven und die wichtigsten Anliegen für die Zukunft? Wozu wollen Sie/wollt Ihr aufrufen, um sich daran zu beteiligen?

Weitgehend im Hintergrund bleiben bisher Fragestellungen zu:  
Herausforderungen der neuen Technologien (Datenschutz vor allem)  
Ausbau der staatlichen Sicherheitssysteme  
Fragen nach der ökonomischen Verfassung

### **Konkrete Fragen an die jeweiligen Personen:**

#### **• Berenice Böhlo**

- Die Diskussionen um Flucht und Migration begleiten uns auf sehr unterschiedliche Weise. Die unfassbare Gewalt gegen Flüchtlinge in Hoyerwerda (1991), Mölln (1992), Rostock-Lichtenhagen (1992) und Solingen(1993) – man könnte fast sagen – führten zur Abschaffung des Grundrechts auf politisches Asyl 1993 durch den Bundestag. Alltäglich sterben Menschen im Mittelmeer, weil sich EU-Europa abschottet. Auf der anderen Seite gibt es auch die Solidarität mit den Flüchtlingen und – immer häufiger – organisieren sich die Flüchtlinge auch selbst. Du hast die Proteste diesen Sommer in Berlin – Oranienplatz, Gerhard-Hauptmann-Schule – begleitet. Berichte bitte von den Entwicklungen in Deutschland.
- EU-Europa schottet sich ab – Deutschland ist Nutznießer, weil es umringt ist von sicheren Drittstaaten. Dennoch wird immer wieder die große „Last“ betont, die Deutschland auf sich nimmt. Und nun sind auch noch die Balkanstaaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsländer eingestuft worden. Sinti und Roma sollen draußen bleiben. Dabei bringt der neue Asylkompromiss den hierlebenden Migrant\_innen noch nicht einmal wirklich Vorteile bezüglich ihrer Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht). Von Europa kommt – nicht zuletzt auf Drängen Deutschlands – nur Schlechtes?

#### **• Sigggi Graumann**

Von einer Behindertenpolitik der Wohltätigkeit zu einer Politik der Menschenrechte –  
Untertitel des Buchs Assistierte Freiheit

- Formal gleiche Rechte heißt nicht, die gleichen Rechte verwirklichen zu können. Menschen mit Behinderung und ihre Unterstützer\_innen haben erfolgreich für eine andere öffentliche Wahrnehmung der Rechte von Behinderten gekämpft. In diesem Bereich ist ja am ehesten davon zu reden, dass es Fortschritte gibt, sich die rechtliche und tatsächliche Lage von Behinderten verbessert hat. Was konnte wodurch erreicht werden? Wer sind die Gewinner und wer die Verlierer? (Der Weg von der Fürsorge zum Menschenrecht durch die UN-Behindertenrechtskonvention)
- Vielleicht am Rande: Diskussion um die Inklusion in den Schulen
- Für den Streit um die Rechte Behinderter ist die internationale Rechtslage sehr wichtig. Antidiskriminierungsvorgaben sind europarechtlich geregelt, die UN-Behindertenrechtskonvention ist ratifiziert. Aber es gibt auch die Klage, die Behinderten selbst wären zu wenig beteiligt.

• **Wolf-Dieter Narr**

- Du hast die neuen sozialen Bewegungen in so vielen Kontexten aktiv begleitet. Was sind für Dich die zentralen Erfolge und Misserfolge im Kampf um Verfassungspositionen?

Art. 8 und Art 5 GG sind, anders als die typischen Abwehrrechte, am ehesten Rechte der politischen Beteiligung. Entsprechend umstritten sind sie. Sie werden auf der Straße erstritten, vom Staat lieber missachtet.

- Den EU-Verfassungsvertrag hast Du fundamental kritisiert. Brauchen wir eine europäische Verfassung? Die europäische Einigung ist zu begrüßen, ihre neoliberale Ausrichtung bringt aber für die Grund- und Menschenrechte eher Schlechtes?

• **Bodo Zeuner**

- Von was sind die heutigen Fragen zum Thema Arbeit geprägt? Aktuell sind wir betroffen vom Kampf um gewerkschaftliche Organisation und vom Streikrecht (Bahnstreik, Herbst 2014)
- Welche Rolle spielt die EU in diesen Kämpfen?